

Clipping: Menschenhandelskonferenz

Meldungen vom 18.-24.10.2013

APA

18.10.2013, Presseaussendung des BMeiA: Spindelegger: "Menschenhandel darf sich nicht lohnen"

Österreichische Zeitungen und Magazine, Rundfunk

24.10.2013, Ö1 Journal Panorama: Menschenhandel: Die moderne Sklaverei

22.10.2013, Salzburger Nachrichten: Menschenhandel boomt, Verurteilungen gehen zurück

22.10.2013, Wiener Zeitung: So alt wie die Unmenschlichkeit

22.10.2013, FM4: Reality Check – Lampedusa and people trafficking

22.10.2013, ZIB 24: Mädchen-/Menschhandel steigt dramatisch - Fall Maria - Interview mit Elisabeth Tichy-Fisslberger

21.10.2013, Die Presse: Per Mausklick in die Zwangsarbeit

21.10.2013, Der Standard: Vielfach unerkannte moderne Sklaverei

APA**18.10.2013, Presseaussendung des BMeiA: Spindelegger: "Menschenhandel darf sich nicht lohnen"**

Vizekanzler zum EU-Tag zur Bekämpfung des Menschenhandels

Wien (OTS) - "Die hohe Dunkelziffer an Opfern und die geringe Zahl an Verurteilungen in der EU zeigen deutlich, dass Menschenhandel immer noch ein lukratives Geschäft mit geringem Risiko für die Täter ist. Dagegen müssen wir entschlossen vorgehen - auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene", erklärt Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger anlässlich des heutigen EU-Tages zur Bekämpfung des Menschenhandels.

Österreich hat die EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels umgesetzt. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten koordiniert seit 2004 die österreichische Task Force Menschenhandel, in der alle relevanten Stellen, inklusive der Nichtregierungsorganisationen, eng zusammenarbeiten und den Nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel umsetzen. Die österreichischen Anstrengungen in der Bekämpfung des Menschenhandels wurden bei internationalen Evaluierungen, unter anderem durch den Europarat, insgesamt positiv bewertet.

"Trotzdem dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Die wahre Dimension des Problems wird noch unterschätzt. Zum Beispiel wird Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung noch zu wenig beachtet.", so Spindelegger. Dieses Thema steht daher im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung "Gemeinsam gegen Menschenhandel", die am 21. Oktober 2013 in der Diplomatischen Akademie stattfindet. "Es bedarf konsequenter Zusammenarbeit aller Akteure und bewusster Hinsehens jedes Einzelnen, damit sich Menschenhandel nicht mehr oder zumindest weniger lohnt", so der Vizekanzler abschließend.

~

Rückfragehinweis:

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Presseabteilung

Tel.: +43 (0) 501150-3320, F:+43 (0) 501159-213

mailto:abti3@bmeia.gv.at

http://www.bmeia.gv.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/42/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0130 2013-10-18/12:23

Österreichische Zeitungen und Magazine, Rundfunk

24.10.2013. Ö1 Journal Panorama: Menschenhandel: Die moderne Sklaverei

Man verspricht Frauen eine Karriere als Tänzerin in einem reichen Land. Doch dann landen sie als Zwangsprostituierte in einem Geheimbordell. Manche junge Frauen werden hier gegen ihren Willen verheiratet. Andere müssen in privaten Haushalten schuften. Männer werden gezwungen, als illegale Erntehelfer oder am Bau zu arbeiten. Menschenhandel wird häufig als die "Sklaverei des 21. Jahrhunderts" bezeichnet. Das Geschäft gehört zu den lukrativsten, neben Drogen- und Waffenhandel.

<http://oe1.orf.at/programm/352548> (noch bis 31.10.2013 ca. 17.30 verfügbar)

22.10.2013, Salzburger Nachrichten: Menschenhandel boomt, Verurteilungen gehen zurück

880.000 Opfer werden innerhalb der EU ausgebeutet, meist sexuell – Ex-OSZE-Sonderbeauftragte: Zu wenig Prävention und Opferschutz

Wien (SN-zim). Menschenhandel ist ein Milliardengeschäft. Mehr als 20 Millionen Menschen weltweit sind laut UNO Opfer dieser kriminellen Machenschaften. Geschätzte 880.000 Menschen davon werden in der EU ausgebeutet. Trotzdem geht die Zahl der Verurteilungen in Europa zurück. In Österreich sind es pro Jahr nur etwa ein Dutzend.

Diese Fakten werfen ein Schlaglicht auf die Dimension dieses Verbrechens – und sie zeigen, wie schwer sich die Behörden tun, die Drahtzieher zu erwischen. Menschenhandel war am Montag das Thema einer Tagung an der Diplomatischen Akademie in Wien.

Fest steht: In der EU ist das größte Geschäft der Menschenhändler nach wie vor der Frauenhandel, also Zwangsprostitution, gefolgt von der Ausbeutung von Arbeitskräften – in der Landwirtschaft, auf dem Bau.

Auch in Österreich steht die sexuelle Ausbeutung von Frauen ganz oben auf der Liste. Die Mehrheit der Opfer kommt aus dem EU-Raum, allen voran aus Bulgarien und Rumänien, gefolgt von Ungarn. Der Grund für die geringe Zahl von Verurteilungen liegt mitunter auch daran, dass Gerichte auf andere Paragrafen zurückgreifen – etwa auf grenzüberschreitenden Prostitutionshandel. Sehr oft haben die Zeugen aber Angst. Angst vor ihren Peinigern, Angst vor Behörden und damit Angst davor, bei Gericht auszusagen. Bevor es so weit kommt, reisen viele in ihr Heimatland innerhalb der EU zurück, was die Sache für die Polizei schwierig macht. Im Vorjahr wurden zum Beispiel 242 Frauen von LEFÖ, der Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels, betreut. Nur 103 davon konnten von Ermittlern befragt und bei den Gerichtsprozessen begleitet werden.

Für Katharina Beclin vom Institut für Strafrecht und Kriminologie in Wien zeigt das, dass das Strafrecht nur einen geringen Beitrag zur Aufklärung leisten kann. Immer wieder komme es auch vor, dass Betroffene abgeschoben würden, noch ehe sie eine Aussage machen könnten. Sie fordert ein unbefristetes Aufenthaltsrecht für Opfer von Menschenhandel: „Nur so sind Opfer auch bereit auszusagen. Sie riskieren ja viel.“

Die frühere OSZE-Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels, Ex-Frauenministerin Helga Konrad, geht hart mit der Politik ins Gericht. Zur Bekämpfung von Menschenhandel gebe es kein Gesamtkonzept – nicht in der EU, nicht in Österreich, wo jedes Ministerium, ohne sich abzustimmen, vor sich hin werke. Daraus folge, dass viele Initiativen nicht nachhaltig seien, kritisiert sie. Und auch in Österreich werde Migration bekämpft, anstatt die Rechte von Migranten zu schützen, die Opfer von Menschenhandel seien. „Prävention und Opferschutz werden vernachlässigt“, sagt Konrad, die appelliert, das Thema auch in die aktuellen Regierungsverhandlungen einfließen zu lassen.

22.10.2013, Wiener Zeitung: So alt wie die Unmenschlichkeit

Menschenhandel und Sklavenarbeit: Lücken in Gesetz, Statistik und Aufklärung
Moderne Sklaverei zum Zweck der Arbeitsausbeutung ist noch ein unerforschtes Feld

Wien. Es ist tatsächlich alles sehr kompliziert. Während Menschenhandel – also die Verbringung von Menschen von einem an den anderen Ort zum Zwecke der Ausbeutung auf unterschiedlichste Arten – in einigen Bereichen schon relativ gut erforscht ist, tappen Forscher und Nichtregierungsorganisationen in anderen noch ziemlich im Dunkeln. So zum Beispiel in der Frage des Menschenhandels zum Zweck der Arbeitsausbeutung.

Es beginnt schon beim Zahlenwerk: Drei von tausend Menschen weltweit sind laut einer – konservativen – Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO aus 2012 – Opfer von Zwangsarbeit. Demnach sind 20,9 Millionen Menschen in einem erzwungenen Arbeitsverhältnis gefangen, 90 Prozent in der Privatwirtschaft. In der Statistik sind zwar auch Opfer von Menschenhandel enthalten, aber eben nicht ausschließlich. Dazu kommt: Es handelt sich stets um Schätzungen, genaue Zahlen gibt es naturgemäß schon deshalb nicht, weil die meisten Opfer gar nicht als solche identifiziert werden können.

Eine Verurteilung in Österreich im Jahr 2012

Auch die Anzeigen- und Verurteilungsstatistik hilft hier nicht weiter. In Österreich gab es im vergangenen Jahr laut Gerald Tatzgern, Leiter der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität und des Menschenhandels im Innenministerium, exakt eine Verurteilung wegen Menschenhandels zum Zwecke der Arbeitsausbeutung. Eine eigene Statistik dafür gibt es nicht – das Thema wird hierzulande allgemein unter Menschenhandel (Paragraf 104a Strafgesetzbuch) abgehandelt. Immerhin: Im Sommer wurde, verspätet, aber doch, eine EU-Richtlinie umgesetzt – in der entsprechenden Novelle des Menschenhandels-Paragrafen wurden nicht nur die Strafen für Menschenhändler erhöht, sondern auch dezidiert die einzelnen Bereiche der Ausbeutung aufgezählt – darunter die Zwangsarbeit.

Dennoch: Für Katharina Beclin vom Institut für Strafrecht und Kriminologie an der Uni Wien reicht das nicht aus, wie sie am Montag bei einer Tagung der Task Force Menschenhandel unter Leitung des Außenministeriums in Wien sagte. Sie wünscht sich einen eigenen Ausbeutungstatbestand. Denn derzeit steht zwar im Fremdenpolizeigesetz die Ausbeutung eines Fremden unter Strafe – doch dies bezieht sich nur auf Menschen, die keinen gültigen Aufenthaltstitel haben. Opfer von Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung sind aber gerade in Österreich oft EU-Bürger – zum Beispiel Pflegekräfte, Land- oder Bauarbeiter aus den mittlerweile nicht mehr ganz so neuen Mitgliedsstaaten. Wer diese Menschen ausbeutet, ohne sie selbst ins Land geholt zu haben, muss derzeit keine Strafe befürchten, argumentiert Beclin. Sie plädierte daher dafür, den entsprechenden Paragrafen im Fremdenpolizeigesetz auf legal in Österreich aufhältige Personen auszuweiten.

Menschenhandel wird durch Asylsystem begünstigt

Auf der anderen Seite sprach sich Beclin bei der Tagung wie auch Evelyn Probst von der Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels (Lefö-IBF) für legale Migrationsmöglichkeiten aus – und dafür, dass Asylwerber arbeiten dürfen. Denn dass Asylwerber zwar legal im Land, bis auf einige wenige Ausnahmen aber vom offiziellen Arbeitsmarkt ausgesperrt sind, macht sie zu idealen Opfern: „Die Schleppern reden ihnen ein, dass sie hier arbeiten dürfen, sie suchen um Asyl an – und schon hat der Menschenhändler eine legal aufhältige Arbeitskraft, die er ausbeuten kann“, sagte Beclin.

Wie leicht die Begriffe Schlepperei und Menschenhandel verschwimmen können und wie sehr sie zusammenhängen, erklärte die OSZE-Sonderbeauftragte zur Bekämpfung des Menschenhandels, Maria Grazia Giammarino: Afrikanische Flüchtlinge, die die Reise in seeuntauglichen Booten über das Meer schaffen und in Italien landen, werden dort von den Schleppern – die sie „freiwillig“ bezahlt haben, so wie sie auch „freiwillig“ die Reise angetreten haben – in eine bestimmte Region in Italien gelotst. Mit den dortigen Unternehmern haben die Schlepper ausgemacht, dass sie ihnen billige Arbeitskräfte „liefern“ – die Geschleppten sind zwar froh darüber, arbeiten zu können, werden aber

nach Strich und Faden ausgebeutet. „Das sieht aus wie eine autonome Migrationsbewegung, ist aber in Wahrheit Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung“, sagte Giammarinaro.

Die OSZE-Sonderbeauftragte forderte eine Sensibilisierung der Unternehmer: „Die schlimmsten Formen der Ausbeutung finden sich am Ende der Lieferkette“, sagte sie. Sprich: Selbst, wenn ein Generalunternehmer in seinem eigenen Bereich normale Löhne zahlt, stellt er meist nicht sicher, dass auch in der Kette seiner Subunternehmer keine Ausbeutung vorkommt. Giammarinaro fordert unter anderem Mechanismen der Disqualifikation bei öffentlichen Ausschreibungen für Firmen, die nicht in der gesamten Lieferkette Maßnahmen gegen Zwangsarbeit sicherstellen können. „Wir sollten zunächst bei den großen Firmen ansetzen – die müssen alleine aus Imagegründen Interesse daran haben, Zwangsarbeit zu verhindern“, sagte sie.

Vorschläge zur Abhilfe werden nicht angenommen

Was in der Theorie durchaus vernünftig klingt, dürfte in der Praxis oft an den vielfältigen Interessen scheitern. Beclin, die gerade an einer Studie über Sozialbetrug bei Scheinfirmen arbeitet, gab zu bedenken, dass gerade im Baubereich schon viele Vorschläge auf dem Tisch liegen: „Zum Beispiel könnte man Firmengründungen genauer kontrollieren oder Firmen dazu verpflichten, in den Papieren der Arbeiter ihren Arbeitsplatz zu vermerken. Aber all diese Vorschläge werden als zu wenig praktikabel abgetan“, sagte sie.

Den Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung erleichtert auch ein anderer Faktor: Zwar soll mit dem Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz, das mit dem Ende der Übergangsfristen für die Beschäftigung von Arbeitskräften aus den 2004 beigetretenen EU-Staaten im Mai 2011 in Kraft getreten ist, die Ausbeutung hintangehalten werden. Allerdings ist das Gesetz bei entsendeten Arbeitskräften quasi nicht anwendbar, weil die – ohnehin nicht sehr schmerzhaften – Strafen im EU-Ausland nicht vollstreckt werden können.

Dazu kommen zwei Probleme: Die Menschenhandelsopfer werden oft nicht erkannt und nehmen sich selbst auch nicht als solche wahr. Und dementsprechend wenden sie sich nicht an Stellen, die ihnen vielleicht helfen könnten. Gemeinsam mit Lefö-IBF und verschiedenen Teilgewerkschaften baut die Arbeiterkammer gerade eine Anlaufstelle auf. Dort sollen undokumentierte Arbeiter Hilfe bekommen, wenn sie Ansprüche wie zum Beispiel zu wenig bezahlten Lohn oder Sozialversicherungsbeiträge durchsetzen wollen. Johannes Peyrl, Migrationsexperte der Arbeiterkammer und Mitglied einer Arbeitsgruppe zu Arbeitsausbeutung innerhalb der Task Force: „Die Anlaufstelle ist ein fehlender Baustein zum Schutz gegen Lohndumping.“ Man werde sehr niederschwellig Hilfe anbieten und die möglichen Klienten auch direkt aufsuchen. Auf der anderen Seite führt Lefö-IBF Schulungen für Mitarbeiter der Finanzpolizei durch und entwickelt gerade einen Kriterienkatalog, damit Opfer von Menschenhandel leichter erkannt werden können. Es ist also nicht nur alles sehr kompliziert, sondern immerhin auch ein bisschen in Bewegung.

22.10.2013, FM4: Reality Check – Lampedusa and people trafficking

Following the memorial service for the victims of the Lampedusa shipwreck, Maria Grazia Giammarinaro of the OSCE talks to John Cummins about the issue of people trafficking and smuggling.

<http://fm4.orf.at/stories/1726942/> (noch bis 29.10.2013 ca. 13.00 Uhr verfügbar)

22.10.2013, ZIB 24: Mädchen-/Menschhandel steigt dramatisch - Fall Maria - Interview mit Elisabeth Tichy-Fisslberger

Gadenstätter Lisa (ORF)

Und im Studio begrüße ich jetzt die nationale Koordinatorin zur Bekämpfung des Menschenhandels in Österreich, Elisabeth Tichy-Fisslberger, guten Abend!

Tichy-Fisslberger Elisabeth (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten)
Guten Abend!

Gadenstätter Lisa (ORF)

Frau Tichy-Fisslberger, bleiben wir vielleicht noch ganz kurz bei dem aktuellen Fall, bei dem Fall der kleinen Maria: Da gibt es jetzt viele Vermutungen, was da eigentlich passiert sein könnte. Eine davon ist, dass die Mutter das Kind um 500 Euro verkauft hat. Ist das für Sie vorstellbar?

Tichy-Fisslberger Elisabeth (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten)

Es ist leider deswegen vorstellbar, weil wir immer wieder hören, dass es solche Fälle gibt. Über diesen konkreten Fall weiß ich gar nichts, auch unsere Polizei weiß eigentlich nichts darüber, soweit ich das in Erfahrung bringen konnte, aber es ist leider so, dass in unseren reichen Ländern immer wieder Menschen um erstaunlich geringe Preise gehandelt werden.

Gadenstätter Lisa (ORF)

Schauen wir uns einmal die Zahlen an. Weltweit gibt es 2,4 Millionen Opfer von Menschenhandel, 30 Prozent davon sollen Kinder sein. Wie funktioniert denn dieser Kinderhandel?

Tichy-Fisslberger Elisabeth (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten)

Sehr unterschiedlich. Es kommt auf die Gegend an, es kommt auf die Konstellation an. Grundsätzlich will jemand ein Kind dazu verwenden, Geld zu verdienen. Kinder werden gerne herangezogen, weil Kinder können von der Polizei nicht eingesperrt werden, Kinder können sich nicht straffällig

machen, Kinder können abgerichtet werden, muss man leider sagen - zum Stehlen, zum Betteln, manchmal auch zum Transportieren von kleinen Mengen von Drogen, was auch immer; Kinder sind viel abhängiger vom Menschenhändler als Erwachsene es wären, Kinder laufen fast nie weg. Kinder kommen

normalerweise sogar zurück, wenn sie sich verlieren, weil sie hilflos sind, weil sie dem Händler ausgeliefert sind.

Gadenstätter Lisa (ORF)

Also leichte Opfer. Funktioniert denn das dann über die Menschenhändler, oder ist es dann in dem größten Teil der Fälle so, dass wirklich die Eltern aus Verzweiflung sagen, wir geben unser Kind für 500 Euro her?

Tichy-Fisslberger Elisabeth (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten)

Es gibt alle Arten von Fällen. Es gibt, so hören wir, Eltern, die ihre Kinder tatsächlich verkaufen, es gibt auch Kinder, die entführt werden, es gibt Kinder, die ihren gutgläubigen Eltern abgeschwätzt werden mit der Versprechung für ein besseres Leben für dieses Kind, es kommt ganz drauf an. Es gibt wirklich alles, leider.

Gadenstätter Lisa (ORF)

Wie schaut denn die Situation in Österreich aus?

Tichy-Fisslberger Elisabeth (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten)

Wie haben in Österreich gottseidank keine Opfer, die österreichischer Nationalität wären, das heißt, die Opfer, die wir haben, kommen aus anderen Ländern, manchmal sind sie auch auf dem Transit in ein anderes Land. Wir haben gottseidank in Österreich gute Strukturen, um diese Kinder zu betreuen, wenn wir sie finden, wenn wir sie identifizieren können als Opfer.

Gadenstätter Lisa (ORF)

Wo sind denn diese Kinder in Österreich, ist das Prostitution, ist das Sklaverei?

Tichy-Fisslberger Elisabeth (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten)

Wahrscheinlich auch, aber primär wahrscheinlich doch eher betteln, "Taschel-ziehen", sowas.

Gadenstätter Lisa (ORF)

Was passiert mit diesen Kindern, wenn sie gefunden werden?

Tichy-Fisslberger Elisabeth (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten)
Wenn sie gefunden werden, kommen sie in der Gemeinde Wien zum Beispiel in die sogenannte Drehscheibe, das ist eine in ganz Europa berühmt gewordene Institution, die sich in vorbildlicher Weise um diese Kinder kümmert und versucht, die Kinder, wenn es irgendwie geht, zurückzubringen in ihre

Länder, aber in sichere Verhältnisse. Und das wird dann auch kontrolliert.

Gadenstätter Lisa (ORF)

Sind denn die Täter in Österreich, oder wo sitzen die Täter? Warum ist es so schwer, die dingfest zu machen?

Tichy-Fisslberger Elisabeth (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten)

Die Täter sind meistens hochmobil. Die Täter sind, soweit wir wissen, keine österreichischen Staatsbürger oder nur sehr selten, sie sind immer wieder Bürger aus anderen EU-Staaten, aber auch von woanders her. Es gibt meistens nicht den einen Täter sondern eine ganze Kette von komplexer, undurchschaubarer Systeme, selbst wenn man irgendjemanden findet, ist das meistens nicht der Haupttäter sondern halt irgendjemand, der in einer längeren Kette auch mit drinnen gesteckt ist.

Gadenstätter Lisa (ORF)

Tut Österreich denn genug in Sachen Menschenhandel? Ich frage deswegen, weil ich habe gelesen, in Wien arbeiten 6 200 Prostituierte legal, aber bis zu 4000 nicht registrierte Prostituierte, und dafür, für diese ganzen Prostituierten, sind sechs Beamte abgestellt. Macht man da wirklich genug?

Tichy-Fisslberger Elisabeth (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten)

Sie sprechen jetzt von der Kriminalpolizei und von Zahlen, die da auch kolportiert worden sind in einem Krimi im ORF. Ich weiß nicht genau, ob diese Zahlen stimmen. Ich glaube nicht...

Gadenstätter Lisa (ORF)

Die Zahlen kommen von der Polizei.

Tichy-Fisslberger Elisabeth (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten)

Okay. Es stellt sich ja auch nicht nur die Frage, ob man genug Polizisten hat. Es ist ja sehr wichtig, dass man ein ganzes System hat, das zunächst einmal dazu beiträgt, dass auch die allgemeine Bevölkerung lernt, dass es so etwas wie Menschenhandel gibt, viele wissen das nicht; dass die Leute vielleicht lernen, zu erkennen, wo man ihn sehen kann, denn man sieht nur was man weiß. Dann ist es wichtig, Leute zu haben, die die Opfer betreuen können, wenn man welche identifiziert, die den Opfern helfen können, wieder zurückzufinden in ein normales Leben, damit sie nicht dem nächsten Menschenhändler in die Hände fallen, und dann braucht man natürlich Polizisten, man braucht Staatsanwälte, man braucht Richter, alles das. Im europäischen Vergleich, im internationalen Vergleich tut Österreich sehr viel. Es gibt auch Überprüfungen durch die UNO, durch den Europarat, da gibt es ein eigenes - eine eigene Institution zur Überprüfung des Menschenhandels, da steigen wir immer sehr gut aus. Aber wenn man sich

anschaut, dass immer noch sehr viele Fälle gibt, dass wir immer noch davon ausgehen müssen, dass es hohe Dunkelziffern gibt, dann muss man leider sagen: Es ist wohl nicht genug. Das ist aber auch die Bilanz, die alle anderen westlichen Staaten, die sich sehr bemühen, haben, weil der Menschenhandel zur Zeit ein sehr komplexes Phänomen ist, das eigentlich im Moment niemand in den Griff zu bekommen scheint.

Gadenstätter Lisa (ORF)

Frau Tichy-Fisslberger, ich danke Ihnen für den Besuch im Studio! Vielen Dank!

21.10.2013, Die Presse: Per Mausclick in die Zwangsarbeit

Menschenhandel. Innerhalb der EU floriert der Handel mit der Ware Mensch: Windige Agenturen rekrutieren ahnungslose Jobsuchende, die ohne Lohn und Rechte schufteten müssen.

Wien. Über eine Annonce im Internet fand die Rumänin eine Stelle in Österreich: Eine Pflegerin wurde gesucht, die einen alten Menschen zu Hause betreut. Die Bezahlung klang gut, die Arbeitsbedingungen ebenso. Doch als die Rumänin bei ihrem österreichischen Arbeitgeber ankam, wurde ihr der Reisepass abgenommen. Lohn für ihre Arbeit erhielt sie nie. Schließlich konnte die Frau die Flucht ergreifen, sie ging zur Polizei, zeigte ihren Boss an und strengte ein Gerichtsverfahren an.

"Ein klassischer Fall von Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung", erklärt Evelyn Probst von der Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels (LEFÖ-IBF). Die Wiener Organisation ist Anlaufstelle für Opfer des Menschenhandels und kümmert sich um die meist traumatisierten Frauen und Mädchen, wie eben auch um die Pflegerin aus Rumänien. "Die Frau ist jetzt wieder in ihrer Heimat, möchte aber wieder im Ausland arbeiten", sagte Probst im Rahmen der Konferenz "Gemeinsam gegen Menschenhandel" in der Diplomatischen Akademie in Wien. "Für sie ist es schwierig herauszufinden, ob Jobs auch wirklich seriös sind."

Der EU-Bürger als Opfer

Weltweit sind rund 21 Millionen Menschen von Zwangsarbeit betroffen. Dass etwa in der Textilindustrie im fernen Bangladesch oder auf Großbaustellen für die Fußball-WM in Katar Menschen festgehalten und ausgebeutet werden, am Ende ohne Lohn dastehen, ist bekannt. Aber dass auch innerhalb der EU Menschen zur Arbeit gezwungen werden, mag weniger bekannt sein: Rund 880.000 Menschen sind laut einem Bericht der International Labour Organization allein in EU-Staaten betroffen. Und - was vielleicht ein wenig überrascht - fast alle Opfer stammen aus einem EU-Land, fallen auf zwielichtige Jobagenturen oder windige Arbeitsvermittler herein und werden in einem anderen EU-Land zur Arbeit gezwungen. Zahlen darüber, wie viele der Zwangsarbeiter auch Opfer von Menschenhandel sind, gibt es keine.

Fest steht aber: Zum überwiegenden Teil sind es Frauen (58 Prozent der Opfer sind weiblich) aus Rumänien oder Bulgarien, die in Deutschland, Italien, Frankreich - und natürlich auch Österreich - landen. Sie alle sind meist ungelernte Arbeitskräfte, trauen sich keine Verträge oder Dienstzettel zu verlangen, könnten diese vielleicht gar nicht lesen, haben keine Kenntnis über ihre Rechte und könnten diese auch nicht einfordern. Sie arbeiten als Haushaltshilfen, auf dem Bau, in Hotels und Restaurants als Putzhilfen, in der Gastronomie oder als Saisonarbeiter auf Apfelplantagen oder Paradeisfeldern.

Tags putzen, nachts anschaffen

"Oft sind die Formen der Ausbeutung auch vermischt", sagt Oberst Gerald Tatzgern, der sich im Bundeskriminalamt um das Thema Menschenhandel kümmert. Es gebe etwa Fälle von Frauen in Österreich, die nachts zur Prostitution gezwungen werden und tagsüber in Bars oder Restaurants putzen oder Teller waschen müssen, so Tatzgern. Allerdings sei in Österreich vor allem die Bauindustrie betroffen, mit all ihren Subunternehmern, die - wenn überhaupt - Niedriglöhne zahlen, um Billigstpreise bieten zu können. In Schulung versuche man die Finanzpolizei sowie Arbeitsinspektoren zu sensibilisieren, um Opfer von Menschenhandel bei Kontrollen auf Baustellen oder in Betrieben erkennen zu können.

Nun ist jedenfalls die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gefragt. Für internationale Konzerne wird es immer wichtiger, ihre Zulieferbetriebe und die dort herrschenden Arbeitsbedingungen zu kennen. Die Vereinten Nationen sowie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wollen Firmen dazu bringen, freiwillig Richtlinien einzuhalten, die "saubere" Produkte garantieren - die also ohne die Zutaten Zwangsarbeit oder Menschenhandel entstanden sind.

21.10.2013, Der Standard: Vielfach unerkannte moderne Sklaverei

Nur wenigen Opfern von Menschenhandel wird geholfen. Mit verantwortlich: Aufenthaltshärten, keine Aussicht auf Entschädigung. Am Montag wird in Wien zum Thema diskutiert.

Es können Bauarbeiter sein, auf einem Gerüst in Wien, oder, in der Erntezeit, Frauen auf einem Erdbeerfeld auf dem Land. Aber auch die dunkelhäutige Nanny in einem Diplomatenhaushalt oder der chinesische Kellner in einem Asia-Restaurant arbeiten dort möglicherweise nicht aus freiem Willen.

Sondern sie wurden vielleicht unter Vorspiegelung eines guten Einkommens angeworben, ohne bisher je einen Lohn gesehen zu haben. Oder sie müssen ihren Arbeitgebern rund um die Uhr zur Verfügung stehen: Zwei von 60 Indikatoren für das Vorliegen von Menschenhandel, die 2009 von der Europäischen Kommission und der Internationalen Arbeitsorganisation (Ilo) erstellt wurden.

Opfer von Menschenhandel gebe es auch in Österreich, und zwar nicht nur unter Prostituierten und Kindern, die unter Zwang hergebracht wurden, sondern zunehmend auch im Bereich Arbeitsausbeutung, sagt Helga Konrad, ehemalige Beauftragte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gegen Menschenhandel. Doch in Österreich – und international – werde zu wenigen Betroffenen geholfen.

Zwar werde „seit Jahren auf internationalen Konferenzen über den Kampf gegen Menschenhandel debattiert“. Aber vielfach fehlten politischer Wille und „Leadership“, um wirksam gegen Formen moderner Sklaverei (siehe Wissen) vorzugehen.

„Kurzichtiges“ Denken

Mit dafür verantwortlich, so Konrad, sei ein „kurzsichtiger Sicherheitsbegriff“ bei Polizei und Behörden. Bei Ermittlungen gegen Menschenhändler blieben deren Opfer zu oft auf der Strecke, weil sie aus jenen Staaten, in denen man sie gefunden hat, rasch wieder ausgewiesen werden.

Auch in Österreich ist das laut Experten ein Problem: Betroffene erhalten nur während strafrechtlicher Ermittlungen – 2012 gab es genau 70 Anzeigen – ein Aufenthaltsrecht. Dieses endet, so es keine Verurteilungen gibt.

Im Fall eines Urteils seien die Opfer anderen Ausländern am Arbeitsmarkt aber inzwischen gleichgestellt, wendet hier Gerald Tatzgern, Leiter der Zentralstelle gegen Schlepperei und Menschenhandel im Bundeskriminalamt, ein. Doch er konzediert, dass auch das vielen keine Hilfe ist: „Wenn sie, wie oft, nur niedrig qualifiziert sind, finden sie auf legalem Weg keinen Arbeitsplatz.“

Derlei unsichere Perspektiven erschweren es Opfern, sich aus dem Ausbeutungsverhältnis zu befreien: Wie wenige überhaupt erkannt werden, zeigt ein Statistikvergleich. Laut Ilo wird die Zahl Betroffener weltweit auf 21,5 Millionen geschätzt, in der EU auf 880.000. Laut dem statistischen Amt der EU, Eurostat, wurden zwischen 2008 und 2011 europaweit genau 23.000 Personen als Opfer identifiziert.

„Man sieht nur, was man weiß“, zitiert denn auch Elisabeth Tichy-Fisslberger, Österreichs nationale Koordinatorin zur Bekämpfung des Menschenhandels, Johann Wolfgang von Goethe. Es gelte, „Awareness“ zu schaffen, sagt sie – anlässlich des heurigen „EU Anti Trafficking Day“, etwa mittels der Veranstaltung „Gemeinsam gegen Menschenhandel“ am Montag in der Wiener Diplomatischen Akademie: ein Termin des offiziellen Österreich, internationaler Organisationen und NGOs.

Mit auf dem Programm: eine Podiumsdiskussion über die Rolle der Freier bei der Bekämpfung sexueller Ausbeutung sowie ein Workshop über das derzeit vieldiskutierte Thema der Entschädigungen. Es gelte, Firmen, die von der modernen Arbeitssklaverei profitieren, zu Zahlungen an die Opfer zu zwingen, erläutert Julia Planitzer vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte in Wien, die seit Jahren dazu forscht.